

(5) § 3 Absatz 8, § 13 Absatz 2 und § 7 gelten nicht für Betreiber kritischer Anlagen im Sektor Siedlungsabfallentsorgung.

(6) § 3 Absatz 8, § 13 Absatz 2 und die §§ 7 bis 12 gelten nicht für Betreiber kritischer Anlagen in den Sektoren Bankwesen, Finanz- und Versicherungswesen und Informationstechnik und Telekommunikation.

(7) Andere bestehende Regelungen, die die Resilienz von Betreibern kritischer Anlagen zum Ziel haben, bleiben von diesem Gesetz unberührt.

(8) Risikoanalysen und Risikobewertungen sowie Dokumente und Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz, die der Betreiber einer kritischen Anlage auf Grund anderer öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen ergriffen hat, gelten als Analysen, Bewertungen, Dokumente und Maßnahmen nach §§ 9 bis 11, soweit sie diesen gleichwertig sind. Die zuständigen Aufsichtsbehörden des Bundes nach § 3 Absatz 3 stellen die Gleichwertigkeit im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik fest, die zuständigen Behörden der Länder nach § 3 Absatz 5 stellen die Gleichwertigkeit im Benehmen mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik fest. Die tatsächlichen Feststellungen anderer Behörden zu Risikoanalysen und Risikobewertungen sowie Dokumenten und Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz nach Satz 1 sind zugunsten des Betreibers der kritischen Anlage bindend.

## § 5

### Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung

Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung der Bundesverwaltung sind das Bundeskanzleramt und die Bundesministerien, die in der Rechtsverordnung nach § 16 festgelegt werden.

(1) Die Einrichtungen nach Absatz 1, der Bundesverwaltung, die Tätigkeiten ausüben in den Bereichen nationale Sicherheit, öffentliche Sicherheit, Verteidigung oder Strafverfolgung, einschließlich der Ermittlung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten, sind von den Verpflichtungen nach diesem Gesetz ausgenommen. Das Ausnahmeverfahren bestimmt sich nach § 17.

(2) Für Einrichtungen nach Absatz 1, der Bundesverwaltung, die nicht zugleich Betreiber kritischer Anlagen nach § 4 sind, sind die Pflichten für Betreiber kritischer Anlagen nach §§ 6, 9, § 10 Absatz 1 bis 5, 7 bis 10, §§ 11 bis 13, 17 und 18 entsprechend anzuwenden, soweit keine abweichenden Regelungen festgelegt werden.

(3) §§ 7 und 14 sind nicht auf die Einrichtungen nach Absatz 1 der Bundesverwaltung anzuwenden.

(4) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe legt für die Einrichtungen nach Absatz 1 zur Konkretisierung der Resilienzmaßnahmen nach § 10 Absatz 1 Mindeststandards im Einvernehmen mit den Bundesressorts und im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik fest.

**Kommentiert [LR4]:** Die Bundesverwaltung umfasst in der Regel auch die nachgeordneten Behörden und Einrichtungen. Nach der Begründung sollen dieses jedoch nicht mitumfasst werden. Da der Sektor öffentliche Verwaltung in § 4 Absatz 1 nicht genannt wird, würde sich in Anknüpfung an die CER-RL die Überschrift „Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung“ anbieten. Aus der Begründung folgt, dass es sich nur um die Ministerien handeln soll. Aus welchen Gründen? Auch fehlt hier der Verweis auf § 16., der nur in der Begründung genannt wird.